



LSV GemS SH

Landesschüler*innenvertretung
der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein

Landesschüler*innensprecher
Thilo Rackow

Kontakt: thilo.rackow@gems.schuelervertretung.de
Presseanfragen: presse@gems.schuelervertretung.de
Tel.: +49 176 80871557

| Der Landesschüler*innensprecher

[LSV GemS SH](#) | [Brunswiker Str. 16-22](#) | [24105 Kiel](#)

An: Den Sozialausschuss

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4869

Kiel, der 30. Mai 2025

STELLUNGNAHME

Einbindung von Kindern und Jugendlichen im politischen Prozess

Stellungnahme der Landesschüler*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holsteins zu den Drucksachen

Kinder- und Jugendpolitische Themen systematisch auf die Agenda setzen,
Mitwirkung stärken und Strukturen bedarfsdeckend ausbauen (20/2737)
und

Der Schutz und die Rechte von Kindern und Jugendlichen stehen im Fokus (20/2783)

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, unsere Perspektive zu den vorliegenden Anträgen einzubringen. Als Landesschüler*innenvertretung vertreten wir die Interessen von Kindern und Jugendlichen – und erleben deshalb tagtäglich, dass unsere Anliegen in politischen Entscheidungsprozessen zwar gelegentlich gehört werden, so wie z.B. durch diese Stellungnahme, diese aber oft nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die Beteiligung von jungen Menschen gemäß § 47f der Gemeindeordnung ist unserer Meinung nach ein wichtiger Ansatz. In der Praxis wird diese Möglichkeit jedoch längst weder flächendeckend genutzt noch konsequent umgesetzt. Wir wünschen uns nicht nur Beteiligung auf dem Papier, sondern reale Mitbestimmung, die bei uns ankommt.

Grundsätzlich unterstützen wir deshalb die Ziele des Antrags und die Absichten des SSW (**Drucksache 20/2737**). Der Fokus auf psychische Gesundheit, Beteiligung und einen Jugend-Check bei Gesetzesvorhaben ist aus unserer Sicht dringend notwendig. Gleichzeitig bleibt uns der Antrag an einigen Stellen zu allgemein – uns fehlt die konkrete Umsetzungsperspektive.

Was wir fordern, sind klare Maßnahmen. In unserem Grundsatzprogramm 2025 fordern wir beispielsweise deutlich mehr Schulpsycholog*innen direkt an Schulen. Der Bedarf ist riesig – viele Schüler*innen erleben Belastungen durch Leistungsdruck oder soziale Konflikte. Lange Wartezeiten auf Hilfe dürfen nicht die Realität bleiben.

Auch der Vorschlag eines Jugend-Checks geht in die richtige Richtung. Aber: Ohne die direkte Einbindung von Jugendlichen – zum Beispiel durch einen landesweiten Jugendbeirat, wie wir ihn fordern – bleibt diese Idee ein Symbol, keine echte Beteiligung. Wenn über die Zukunft, auch unsere Zukunft, entschieden wird, müssen wir mitreden können, da wir in der Masse betrachtet nicht wahlberechtigt sind und für viele entscheidungstragende Personen, so ehrlich sollten wir alle sein, die Kindheit/Schulzeit ein wenig her ist. Wir bitten deshalb aufrichtig um mehr Einbindung von uns als Jugendlichen, die wir die Konsequenzen von politischen Entscheidungen quasi als Beruf erfahren.

Der Alternativantrag (**Drucksache 20/2783**) verweist auf bestehende Programme. Die Landesregierung scheint zu meinen, es reiche, bestehende Programme fortzuführen. Aber wir sehen täglich, dass die Unterstützung nicht ausreichend ankommt. Es gibt zu wenige Schulpsycholog*innen, und viele von uns wissen nicht, wie sie Hilfe bekommen können. Auch die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten wie „PartizipAction“ oder die jugendpolitische Strategie laufen oft an uns vorbei, weil sie an unseren Lebensrealitäten vorbeigehen und allein aus der Idee heraus nicht genügend Kinder und Jugendliche erreichen. Es braucht schlichtweg mehr als den Status quo.

Um bei der Konkretisierung und Ideenfindung zu unterstützen, wenn wir eben diese schon erwarten: In unserem Grundsatzprogramm fordern wir einen verpflichtenden „Tag der Demokratie“ und Besuche im Landtag, da wir ebenso mehr Gelegenheiten, Politik zu erleben und zu verstehen brauchen – durch eben z.B. Landtagsbesuche, Demokratieprojekte etc. – warum passiert da so wenig? Die Landesregierung muss über den Tellerrand schauen und uns ernst nehmen – und uns das auch zeigen, wenn sie es denn angeblich schon tut.

Dazu gehört z.B. auch, dass deutlich mehr Schulpsycholog*innen und Schulsozialpädagog*innen an Schulen tätig werden müssen, um psychische Belastungen frühzeitig und direkt vor Ort anzugehen. Viele Schüler*innen kämpfen mit Stress, Ängsten und Überforderung – doch die notwendige Unterstützung fehlt oft oder ist schwer erreichbar. Beratungsangebote müssen niedrigschwellig, sichtbar und zugänglich sein – sowohl vor Ort als auch digital.

Ebenso fordern wir die Einrichtung eines landesweiten Jugendbeirats, der uns Jugendlichen eine echte Stimme in der Landespolitik verleiht – vergleichbar mit den Beteiligungsmöglichkeiten, die wir bereits in schulischen Gremien wahrnehmen – Stichwort „Schulkonferenz“. Jugendbeiräte oder -Parlamente vor Ort müssen stärker gefördert werden, und zwar nicht nur ideell, sondern auch durch finanzielle Mittel und durch gezielte Schulungen, die eine flächendeckende Mitbestimmung ermöglichen.

Wir wollen mitgestalten und ernst genommen werden.

Unser Appell ist deshalb klar: Es braucht konkrete Schritte, nicht nur Absichtserklärungen. Nur so kann aus unserer Sicht ernsthafte Beteiligung gelingen. Und nochmal zum Alternativantrag (**Drucksache 20/2783**): es ist kein Schritt nach vorn, die eigenen Absichten als Fortschritt anzuerkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Thilo Rackow

Landeschüler*innensprecher der Gemeinschaftsschulen in SH